

<b>Protokoll:</b>	<b>Jugendhilfeausschuss des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart</b>	<b>Niederschrift Nr.</b>	62
		<b>TOP:</b>	1
	<b>Verhandlung</b>	<b>Drucksache:</b>	150/2017
		<b>GZ:</b>	AK 0322-05
<b>Sitzungstermin:</b>	24.07.2017		
<b>Sitzungsart:</b>	öffentlich		
<b>Vorsitz:</b>	BMin Fezer		
<b>Berichterstattung:</b>	Herr Kelm, Frau Nann (beide HauptPersA)		
<b>Protokollführung:</b>	Frau Kappallo / fr		
<b>Betreff:</b>	<b>Jugendratswahlen 2018</b>		

Beratungsunterlage ist die Vorlage des Referats Allgemeine Verwaltung, Kultur und Recht vom 11.07.2017, GRDRs 150/2017, mit folgendem

Beschlussantrag:

1. Der turnusgemäßen Wahl und Bildung von Jugendräten und der Einrichtung von offenen Beteiligungsformen im Jahr 2018 in allen Stadtbezirken wird zugestimmt.
2. Der Neufassung der Rahmenbedingungen (Anlage 2) wird zugestimmt.
3. Von der Notwendigkeit, für die laufende Arbeit der Jugendbeteiligungsformen in den bis zu 19 Bezirken jährlich 79.700 Euro im Teilhaushalt 100 (Haupt- und Personalamt) bei Kostenart 44310000 bereitzustellen, wird Kenntnis genommen. Über die Mittel wird im Rahmen der Haushaltsplanberatungen abschließend entschieden.
4. Für die Vorbereitung und Durchführung der Jugendratswahlen 2018 in den Stadtbezirken, in denen sich nach Ablauf der Anmeldefrist ausreichend Kandidatinnen und Kandidaten beworben haben, werden max. 80.000 Euro im Teilhaushalt 120 (Statistisches Amt) bereitgestellt, davon 30.000 Euro im HH-Jahr 2017 und 50.000 Euro im HH-Jahr 2018.

Die Beratungsunterlage ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

StRin Ripsam (CDU) lobt die Jugendratswahlen und wünscht sich eine Jugendbeteiligung in sämtlichen Stuttgarter Bezirken, was sie allerdings als schwierig einschätzt. Sie bemängelt, dass an den Schulen sich die Vorstellung des Jugendrats auf die 5-Minuten-Pausen beschränkt. Sie würde sich daher eine Ansprache über den Schulleiter/die Schulleiterin wünschen, der für die Jugendbeteiligung und die Jugendratswahlen 2018 wirbt. Der Oberbürgermeister sollte ein Schreiben formulieren und gezielt die Schulleiter/die Schulleiterinnen ansprechen. Herr Kelm informiert, dass OB Kuhn einen Brief an die weiterführenden Schulen mit der Bitte adressiere, dass in den Schulen geworben werden könne. Das Informationspaket, das per Mail versandt werde, stoße bei den Fachlehrern auf gute Resonanz, informiert Herr Kelm. StR Lazaridis (90/GRÜNE) schlägt vor, auf die Gemeinschaftskundelehrer/-innen zuzugehen und diese ins Rathaus zu einer Informationsveranstaltung einzuladen. Diese Anregung wird von der Vorsitzenden wohlwollend aufgenommen.

Eine Frage von StRin Ripsam richtet sich nach der Finanzierung für die Vorbereitung und Durchführung der Jugendratswahlen. Diese Frage interessiert auch StR Walter (SÖS-LINKE-PluS). Jeder sechste Stuttgarter Bürger sei unter 18 Jahren, weshalb die Finanzierung gesichert sein müsse. Die Mittel, die der Jugendrat benötigt, so Frau Nann, seien im Haushaltsentwurf enthalten. Diese seien aber noch nicht genehmigt, da der Entwurf im Dezember erst beschlossen werden müsse. Daher rühre die entsprechende Formulierung in der Anlage.

StRin Nuber-Schöllhammer (90/GRÜNE) betont, sie befürworte das Engagement der Jugendlichen, ihre Interessen gegenüber dem Gemeinderat und den Bezirksbeiräten zu vertreten. Die Jugendlichen, die sich in Projektgruppen engagierten, erhielten inzwischen das gleiche Sitzungsgeld wie ordentliche Jugendräte, was sie ausdrücklich begrüßt. Bedauerlich sei allerdings, dass in manchen Bezirken nur Projektgruppen zustande gekommen seien, meint StRin Nuber-Schöllhammer. Diese Bezirke seien allerdings diejenigen, die sich vermehrt im Bürgerhaushalt einbringen würden, was sie sehr erstaune. Der Jugendrat könne viel zu wenig in den Schulen werben, da müsse der Weg über die Schul- und Unterrichtsverantwortlichen gesucht werden, um Jugendliche anzusprechen, meinen die StRinnen Dr. Hackl (SPD) und Nuber-Schöllhammer. Die Projektgruppen sollten gegenüber den Jugendräten nicht minder geschätzt werden, äußert StRin Dr. Hackl. Sie erkundigt sich nach § 1 der Rahmenbedingungen (siehe Anlage 2 zur GRDRs 150/2017) und bemerkt, die Verwaltung müsse die Jugendlichen bei Planungen und Vorhaben, die ihre Interessen berühren, beteiligen. "Wie findet das berechnete Interesse der jugendspezifischen Aspekte Eingang?", fragt diese Stadträtin. Herr Kelm informiert, es handle sich bei diesem Text um den Wortlaut des § 41a der GemO, wobei die Beteiligung von Jugendlichen selbstverpflichtend vor Ort und im Projekt ämterübergreifend wahrgenommen werde.

Die genderspezifischen Schreibweisen sollten eingehalten werden, meint StRin von Stein (FW). Es sollte zukünftig stringent von Vertretern und Vertreterinnen gesprochen werden. Eine Frage richtet sich nach der Position der Stellvertreter/-innen. Eine Anzahl von Jugendlichen werde in das Amt des Jugendrats gewählt, erklärt Herr Kelm. Die gleiche Anzahl, sofern vorhanden, fungiere als Stellvertreter/-innen. StR Klingler (AfD) lobt das Engagement von Frau Nann und Herrn Kelm, wie bereits

seine Vorredner/-innen bemerkten. Er regt eine Bewerbung des Jugendrats in Bahnen und Bussen an und eine enge Zusammenarbeit mit Vereinen und der Sportkreisjugend. Sämtliche Informationsmaterialien erhielten alle Jugendorganisationen - auch die Sportkreisjugend, informiert Herr Kelm.

Herr Kelle schätzt neben den Jugendräten, den Projektgruppen, auch das Jugendforum. Die Kommunikation in den sozialen Medien sei eine wichtige Angelegenheit, um Jugendliche zu erreichen. Die Neufassung der Rahmenbedingungen sei wichtig und gut, bemerkt Herr Kelle. Die Beteiligung der Jugendlichen sollte auch bei Bauvorhaben erreicht werden, meint Herr Wohlfahrt. Die Bekanntmachung von Vorhaben und Maßnahmen sollte nicht ausschließlich im Stuttgarter Amtsblatt erfolgen. Wenn über Bauvorhaben in den einzelnen Quartieren gesprochen werde, sollte die Meinung des Jugendrats eingeholt werden. Frau Bode (Jugendrätin) bedankt sich über die positiven Rückmeldungen. An Schulen sei es schwierig, den Jugendrat zu bewerben, zudem hätten manche Lehrer/-innen keine Kenntnis von dieser Art der Jugendbeteiligung.

BV Bohlmann (Mühlhausen) bestätigt, es sei sehr schwierig, in Schulen Termine zu bekommen, um den Jugendrat vorzustellen. Der Jugendrat werde allerdings in Mühlhausen bei Bauvorhaben über den Bezirksbeirat informiert und in den Arbeitsgruppen beteiligt.

BMin Fezer stellt fest:

Der Jugendhilfeausschuss stimmt dem Beschlussantrag einmütig zu.

Zur Beurkundung

Kappallo / fr

## Verteiler:

- I. Referat AKR  
zur Weiterbehandlung  
Haupt- und Personalamt  
weg. VA, GR
  
- II. nachrichtlich an:
  1. Herrn Oberbürgermeister
  2. OB-PR  
Rechnungsprüfungsamt  
OB-KB
  3. Referat WFB  
Stadtkämmerei (2)
  4. Referat SOS  
Statistisches Amt (2)
  5. Referat JB  
Jugendamt (2)
  6. BVinnen Mitte, Nord, Ost  
BV Süd, West
  7. BezÄ Ca, Bo, De, Feu, Hed,  
Mö, Mühl, Mün, Ob, P-B, Si,  
Sta, Un, Vai, Wa, Weil, Zu
  8. GPR (2)
  9. L/OB-K
  10. Hauptaktei
  
- III.
  1. CDU-Fraktion
  2. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
  3. SPD-Fraktion
  4. Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS (2)
  5. Fraktion Freie Wähler
  6. AfD-Fraktion
  7. Gruppierung FDP
  8. Die STAdTISTEN